

Kärntner Landesgesetzblatt

Jahrgang 2007

Herausgegeben am 21. Februar 2007

6. Stück

10. Gesetz:	Kärntner Flurverfassungs-Landesgesetz; Änderung
11. Gesetz:	Kärntner Wald- und Weidenutzungsrechte-Landesgesetz; Änderung
12. Verordnung:	Vorschriften über das Dienstabzeichen und den Dienstaussweis der Aufsichtsorgane für den Schiunterricht
13. Verordnung:	Festsetzung der Tierseuchenfondsbeiträge für 2007 und des Zeitpunkts ihrer Erhebung

10. Gesetz vom 14. Dezember 2006, mit dem das Flurverfassungs-Landesgesetz 1979 geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat in Ausführung des Flurverfassungs-Grundsatzgesetzes 1951, BGBl. Nr. 103/1951, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 87/2005, beschlossen:

Artikel I

Das Flurverfassungs-Landesgesetz 1979 – K-FLG, LGBL. Nr. 64, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 10/2003, wird wie folgt geändert:

1. In § 20a Abs. 4 wird das Zitat „§ 20b Abs. 8“ durch das Zitat „§ 20b Abs. 9“ ersetzt.
2. § 20b Abs. 8 lautet:
„(8) Parteistellung im UVP-Verfahren haben die Parteien des Zusammenlegungsverfahrens nach § 7 Abs. 1 lit. a bis lit. d, die Standortgemeinde, der Umweltanwalt mit den Rechten nach Abs. 9 und Umweltorganisationen gemäß § 19 Abs. 6 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000, BGBl. Nr. 697/1993, mit den Rechten nach Abs. 10. Für die Entscheidung, ob eine Umweltorganisation die Kriterien des § 19 Abs. 6 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, BGBl. Nr. 697/1993, erfüllt und in welchen Bundesländern die Umweltorganisation zur Ausübung der Parteienrechte befugt ist, sowie für die Feststellung, dass eine anerkannte Umweltorganisation ein Kriterium gemäß § 19 Abs. 6 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz

2000, BGBl. Nr. 697/1993, nicht mehr erfüllt, gelten die Bestimmungen des § 19 Abs. 7 bis 9 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000, BGBl. Nr. 697/1993.“

3. Dem § 20b werden folgende Abs. 9 und 10 angefügt:

„(9) Der Umweltanwalt ist berechtigt, die Einhaltung von Rechtsvorschriften, die dem Schutz der Umwelt oder der von ihm wahrzunehmenden öffentlichen Interessen dienen, als subjektives Recht im Verfahren geltend zu machen, Rechtsmittel zu ergreifen und Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.“

(10) Eine Umweltorganisation gemäß Abs. 8 ist berechtigt, die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften im Verfahren geltend zu machen, soweit sie während der Auflagefrist gemäß Abs. 4 schriftlich Einwendungen erhoben hat. Sie ist auch berechtigt, Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.“

4. In § 49 Abs. 9 ist das Zitat „Abs. 8“ durch das Zitat „Abs. 7“ zu ersetzen.

5. § 118 Abs. 2 lautet:

„(2) Verweise in diesem Gesetz auf Bundesgesetze sind als Verweise auf die nachstehend angeführten Fassungen dieser Gesetze zu verstehen:

- a) Agrarverfahrensgesetz, BGBl. Nr. 173/1950, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 57/2002;
- b) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB), JGS Nr. 946/1811, zuletzt geän-

dert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 120/2005;

- c) Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 10/2004;
- d) Verwaltungsstrafgesetz 1991 – VStG, BGBl. Nr. 52, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 117/2002;
- e) Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 – VVG, BGBl. Nr. 53, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 137/2001;
- f) Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 14/2005.“

6. § 119 samt Überschrift lautet:

„§ 119

Umsetzung von Gemeinschaftsrecht

Mit diesem Gesetz wird die Richtlinie 85/337/EWG des Rates über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. L 175 vom 5. Juli 1985, S 40, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABl. L 156 vom 25. Juni 2003, S. 17, umgesetzt.“

Artikel II

(1) Dieses Gesetz tritt an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(2) Der § 20b Abs. 8 bis 10 Flurverfassungs-Landesgesetz 1979 in der Fassung des Art. I ist auf Verfahren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht abgeschlossen sind, anzuwenden.

Der Präsident des Landtages:

L o b n i g

Der Landesrat:

Dr. M a r t i n z

11. Gesetz vom 14. Dezember 2006, mit dem das Kärntner Wald- und Weidenutzungsrechte-Landesgesetz geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat in Ausführung des Grundsatzgesetzes 1951 über die

Behandlung der Wald- und Weidenutzungsrechte sowie besonderer Felddienstbarkeiten, BGBl. Nr. 103/1951, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 14/2006, beschlossen:

Artikel I

Das Kärntner Wald- und Weidenutzungsrechte-Landesgesetz – K-WWLG, LGBl. Nr. 15/2003, wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 dritter Satz lautet:

„Die Genehmigung ist nach Anhörung des Eigentümers der verpflichteten Liegenschaft zu erteilen, wenn keiner der Versagungsgründe gemäß § 4 Abs. 2 vorliegt.“

2. § 4 Abs. 2 lautet:

„(2) Stimmt der Eigentümer der verpflichteten Liegenschaft einer gänzlichen oder teilweisen Übertragung eines Nutzungsrechtes von der berechtigten Liegenschaft auf eine andere nicht zu, so hat die Behörde auf Antrag des Eigentümers der berechtigten Liegenschaft nach Anhörung des Eigentümers der verpflichteten Liegenschaft derartige Änderungen durch Bescheid zu verfügen. Die Bewilligung einer gänzlichen oder teilweisen Übertragung eines Nutzungsrechtes von der berechtigten Liegenschaft auf eine andere ist zu versagen, wenn die Übertragung aus anderen als wirtschaftlichen Gründen angestrebt wird, zu einer unwirtschaftlichen Rechtszersplitterung führt oder eine unverhältnismäßige Erschwernis in der Wirtschaftsführung des Verpflichteten nach sich zieht.“

3. § 4 Abs. 3 entfällt.

4. In § 10 Abs. 2 wird das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.

5. In § 17 Abs. 4 wird das Zitat „§ 18 Abs. 8“ durch das Zitat „§ 18 Abs. 9“ ersetzt.

6. § 17 Abs. 6 lautet:

„(6) Umweltanwalt ist der Naturschutzbeirat nach den Bestimmungen der §§ 61 bis 63 Kärntner Naturschutzgesetz 2002, LGBl. Nr. 79/2002.“

7. § 18 Abs. 8 lautet:

„(8) Parteistellung im Rahmen des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens haben die Eigentümer der berechtigten und verpflichteten Liegenschaften, der Umweltanwalt mit den Rechten nach Abs. 9, die Standortgemeinde und Umweltorganisationen gemäß § 19 Abs. 6 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000, BGBl. Nr. 697/1993, mit den Rechten nach Abs. 10. Für die Entscheidung, ob eine Umweltorganisation die Kriterien des § 19 Abs. 6 Umweltverträglich-

keitsprüfungsgesetz 2000, BGBl. Nr. 697/1993, erfüllt und in Kärnten zur Ausübung der Parteienrechte befugt ist, sowie für die Feststellung, dass eine anerkannte Umweltorganisation ein Kriterium gemäß § 19 Abs. 6 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, BGBl. Nr. 697/1993, nicht mehr erfüllt, gelten die Bestimmungen des § 19 Abs. 7 bis 9 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, BGBl. Nr. 697/1993.“

8. Dem § 18 werden folgende Abs. 9 und 10 angefügt:

„(9) Der Umweltanwalt ist berechtigt, die Einhaltung von Rechtsvorschriften, die dem Schutz der Umwelt oder der von ihm wahrzunehmenden öffentlichen Interessen dienen, als subjektives Recht im Verfahren geltend zu machen, Rechtsmittel zu ergreifen und Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.

(10) Eine Umweltorganisation gemäß Abs. 8 ist berechtigt, die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften im Verfahren geltend zu machen, soweit sie während der Auflagefrist gemäß Abs. 4 schriftlich Einwendungen erhoben hat. Sie ist auch berechtigt, Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.“

9. In § 21 Abs. 1 wird nach dem Wort „Liegenschaft“ folgender Halbsatz eingefügt:

„, sofern keine anderweitige Vereinbarung zwischen dem Eigentümer der berechtigten Liegenschaft und dem Eigentümer der verpflichteten Liegenschaft getroffen wurde,“.

10. § 24 Abs. 1 bis 4 samt Überschrift lautet:

„§ 24

Bewertung der Ablösefläche und Entschädigung

(1) Der Wert der abzutretenden Grundflächen ist festzustellen und dem Wert der abzulösenden Nutzungsrechte gegenüberzustellen. Die Differenz ist in Geld abzugelten.

(2) Bei der Bewertung der abzutretenden Grundflächen ist insbesondere auf die Nutzungsmöglichkeiten für den bisherigen Eigentümer, die Ertragsfähigkeit und andere von der Ertragsfähigkeit abweichende, wertbestimmende Kriterien Rücksicht zu nehmen. Der Wert der Nutzungsrechte ist gemäß § 29 zu ermitteln.

(3) Ist auf dem dem Eigentümer der verpflichtenden Liegenschaft verbleibenden Teil jener Grundfläche, aus der das Ablösungsgrundstück stammt, keine ordentliche Bewirtschaftung mehr möglich, so kann er die Einlösung der gesamten Grundfläche verlangen.

(4) Die Zustimmung des Eigentümers der berechtigten Liegenschaft zur Ablöse ist erforderlich, wenn die in Geld zu entschädigende Differenz den halben Wert des Nutzungsrechtes übersteigt. Übersteigt der Wert der abzutretenden Grundflächen das Zweifache des Wertes der abzulösenden Nutzungsrechte, so ist eine Ablöse nur mit Zustimmung des Eigentümers der verpflichteten Liegenschaft möglich. Die Geldentschädigung ist auch im Fall einer gemeinschaftlichen Ablöse von den Eigentümern der bisher berechtigten Liegenschaften direkt an den Eigentümer der verpflichteten Liegenschaft zu leisten.“

11. § 29 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Bei der Festsetzung des Wertes des Nutzungsrechtes ist gegebenenfalls auf von der Ertragsfähigkeit abweichende, wertbestimmende Kriterien angemessen Rücksicht zu nehmen.“

12. § 59 Abs. 2 lautet:

„(2) Verweise in diesem Gesetz auf Bundesgesetze sind als Verweise auf die nachstehend angeführten Fassungen dieser Gesetze zu verstehen:

- a) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB), JGS Nr. 946/1811, zuletzt in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2005;
- b) Allgemeines Grundbuchsgesetz 1955, BGBl. Nr. 39, zuletzt in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 112/2003;
- c) Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, zuletzt in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 87/2005;
- d) Kaiserliches Patent vom 5. Juli 1853, RGBl. Nr. 130;
- e) Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 136/2005;
- f) Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 14/2005.“

13. § 61 samt Überschrift lautet:

„§ 61

Umsetzung von Gemeinschaftsrecht

Mit diesem Gesetz wird die Richtlinie 85/337/EWG des Rates über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. L 175 vom 5. Juli 1985, S 40, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Pro-

gramme und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABl. L 156 vom 25. Juni 2003, S 17, hinsichtlich der in Anhang II Z 1 angeführten Vorhaben für das Land Kärnten umgesetzt.“

Artikel II

(1) Dieses Gesetz tritt an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(2) §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2, 10 Abs. 2, 17 Abs. 4, 18 Abs. 8, 9 und 10, 21 Abs. 1, 24 Abs. 1 bis 4 und 29 Abs. 3 Kärntner Wald- und Weidenutzungsrechte-Landesgesetz in der Fassung des Art. I sind auf Verfahren, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht abgeschlossen sind, anzuwenden.

Der Präsident des Landtages:

L o b n i g

Der Landesrat:

D r. M a r t i n z

12. Verordnung der Landesregierung vom 30. Jänner 2007, Zl. 6-ET4-11/1-2006, mit der nähere Vorschriften über das Dienstabzeichen sowie den Dienstausweis der Aufsichtsorgane für den Schiunterricht erlassen werden

Aufgrund des § 18 Abs. 4 des Kärntner Schischulgesetzes, LGBL. Nr. 53/1997, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 4/2007, wird verordnet:

§ 1

Das Dienstabzeichen der Aufsichtsorgane für den Schiunterricht ist kreisförmig mit einem Durchmesser von 50 mm entsprechend der in der Anlage enthaltenen Abbildung und Beschreibung herzustellen.

§ 2

(1) Der Dienstausweis der Aufsichtsorgane für den Schiunterricht ist entsprechend der in der Anlage enthaltenen Abbildung mit den Abmessungen von 105 x 148 mm, einfach faltbar, herzustellen.

(2) Der Dienstausweis hat jedenfalls das Wappen des Landes Kärnten, die Bezeichnung als Dienstausweis, den Namen, das Geburtsdatum, die Wohnsitzgemeinde und ein Lichtbild des Aufsichtsorgans, das Dienstsiegel über Urkunde und Lichtbild, die Nummer des Dienstausweises, die Geschäftszahl und das Datum des Bestellungsbescheides der Landesregierung zu enthalten.

Der Landeshauptmann:

D r. H a i d e r

Der Landesamtsdirektor:

D r. S l a d k o

Anlage 1

Dienstabzeichen der Aufsichtsorgane für den Schiunterricht



Beschreibung

Das Dienstabzeichen ist in der Größe der Abbildung (Durchmesser 50 mm) in geprägter Ausführung und versilberter Oberfläche herzustellen und auf der Rückseite mit einer laufenden Nummer zu versehen.

Es zeigt das Kärntner Landeswappen in den Originalfarben, mit schwarzer Umrandung die die Inschrift – Land Kärnten – Aufsichtsorgan für den Schiunterricht zu enthalten hat.

Auf der Rückseite befindet sich eine aufgelötete Broschnadel.

Anlage 2

Land Kärnten



Dienstausweis der Aufsichtsorgane für den Schiunterricht

Der Inhaber dieses Ausweises

GZI.:

Vor- und Zuname

Ausweis-Nr.:

geb. am

Wohnsitzgemeinde

ist Aufsichtsorgan für den Schiunterricht
gemäß § 16 des Kärntner Schischulge-
setzes, LGBl. Nr. 53/1997 i. d. g. F

ausgestellt am

Lichtbild

Für die Kärntner Landesregierung

Unterschrift des Inhabers

13. Verordnung der Landesregierung vom 6. Februar 2007, Zl. 11-VAG-1/31-2006, mit der die Tierseuchenfondsbeiträge und der Zeitpunkt ihrer Einhebung festgesetzt werden

Aufgrund des § 4 Tierseuchenfondsgesetz 1995 (K-TSFG), LGBL. Nr. 58, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 56/1998, wird verordnet:

§ 1

Für das Jahr 2007 wird der Tierseuchenfondsbeitrag für die Tierbestände in landwirtschaftlichen oder sonstigen Betrieben wie folgt festgelegt:

- | | |
|--|--------|
| 1. Pferde mit einem Alter
über ein Jahr | € 3,00 |
| 2. Rinder, älter als sechs Monate | € 3,00 |

- | | |
|---|--------|
| 3. Rinder bis sechs Monate | € 1,00 |
| 4. Schweine über
20 kg Lebendgewicht | € 0,72 |
| 5. Schafe und Ziegen
über sechs Monate | € 0,72 |

§ 2

Mit der Einhebung der Tierseuchenfondsbeiträge ist unmittelbar nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu beginnen.

Der Landeshauptmann:

Dr. Haider

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Sladko